



SPD-Stadtratsfraktion
Bad Berneck
Herrn Fraktionsvorsitzenden
Richard Schneider
per E-mail

Notfallplanung zur Unterbringung von Asylbewerbern in den Wintermonaten

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, *lieber Richard,*

zu Ihrem Schreiben vom 29.10.2014 darf ich Ihnen einige Informationen übermitteln:

Wie uns der Regierungspräsident von Oberfranken mit Schreiben vom 22.10.2014 mitgeteilt hat, hat der Krisenstab der Staatsregierung entschieden, dass jede Kreisverwaltungsbehörde in Bayern im Rahmen eines sog. „Winternotfallplans Asyl“ kurzfristig für die Aufnahme von 200 bis 300 Asylbewerbern vorbereitet sein muss. Es handelt sich dabei ausdrücklich um eine Notfallplanung – ähnlich unserer Katastrophenschutzpläne – keinesfalls aber um eine Realisierung! Die Meldefrist wurde zwischenzeitlich auf Montag, 03.11.2014, 11.00 Uhr, festgelegt. Als mögliche Nutzungsdauer für den Notfall wurden fünf bis sechs Wochen vorgegeben. Die Unterkünfte müssen winterfest sein, zudem muss Bewachung, Verpflegung, soziale und medizinische Betreuung sowie Gesundheitsuntersuchung vom Landratsamt in Zusammenarbeit mit der Regierung von Oberfranken sichergestellt werden. Die Kostentragung erfolgt durch den Freistaat Bayern. Im übrigen wurden die Verantwortlichen der Stadt Bad Berneck beim Ortstermin über die Pläne informiert.

Im übrigen weise ich Ihren Vorwurf eines Vertrauensbruchs entschieden zurück. Die Verantwortlichen der Stadt (1. und 2. Bürgermeister) sind beim Ortstermin über die Planungen informiert worden.

Auch wenn ich gewisses Verständnis für einige der von Ihnen vorgetragenen Bedenken habe, Fakt ist, dass es in keinsten Weise um eine „planmäßige“ Unterbringung von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen geht, die verwaltungsmäßig zwischenzeitlich zum Tagesgeschäft gehört, sondern um eine wirkliche Notfallplanung! Nutzung und künftige Vermarktung des Betriebsareals des ehemaligen Unternehmens Popp & Co., die wir, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, seitens des Landratsamtes tatkräftig unterstützen, werden durch diese

Notfallplanung keinesfalls ernsthaft gefährdet. Ich sehe im Gegensatz dazu eher eine Verpflichtung der staatlichen Stellen, sich umso mehr hinter unsere Initiativen zu stellen.

Ich bitte um Verständnis, dass wir aufgrund der besonderen Situation gezwungen sind, das Verwaltungsgebäude der Firma Popp & Co. in die Notfallplanung für die Wintermonate mit maximal 200 Personen aufzunehmen.

Ich will ausdrücklich betonen, dass wir in den letzten Monaten und auch mittelfristig die Stadt Bad Berneck bei der Unterbringung von Asylbewerbern bewusst nicht mit einbezogen haben, da mir natürlich die besondere Situation der Stadt und des Fremdenverkehrs bewusst ist. Ich darf Ihnen auch künftig meine Unterstützung zusichern.

Mit freundlichen Grüßen

Jhs



Hermann Hübner
Landrat